

Stellungnahme des Gesamtverbandes textil+mode zum UBA-Bericht 24/2026, „Ecodesign for Sustainable Products Regulation: requirements for the ecodesign of textiles and the possible transfer to an ecodesign label“

Im Februar 2026 hat das Umweltbundesamt (UBA) einen von ihm in Auftrag gegebenen Bericht zur Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte (EU) 2024/1781 (ESPR) veröffentlicht. Hauptziel dieses Berichts sei, so das UBA, die Unterstützung bei der Entwicklung von **Ökodesign-Anforderungen für Textilien**. Der Bericht zielt darauf ab, eine wissenschaftliche und praktische Grundlage zu schaffen, um nachhaltige und kreislauffähige Textilprodukte in der EU zum Standard zu machen. Leider wird dieses Ziel nur äußerst unvollständig erreicht. Zwar beinhaltet der Bericht einige diskussionswürdige Schlussfolgerungen, verfehlt jedoch in zentralen Punkten den Praxisbezug und die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens.

Insbesondere zeigt sich, dass viele der vorgeschlagenen Maßnahmen auf Annahmen beruhen, die den realen Strukturen globaler Textillieferketten in keiner Weise oder nur unzureichend Rechnung tragen. Der Bericht setzt oftmals voraus, dass Unternehmen detaillierte Informationen über Materialien, Chemikalien und Umweltwirkungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette bereitstellen können. In der Praxis verfügen jedoch viele Marktakteure, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, aber auch Händler, weder über einen direkten Zugang zu entsprechenden Primärdaten noch über die notwendigen organisatorischen und technischen Kapazitäten, um diese systematisch zu erheben und zu verifizieren.

Darüber hinaus unterschätzt der Bericht in mehreren Bereichen den administrativen und technischen Aufwand, der mit den vorgeschlagenen Anforderungen verbunden wäre. Eine umfassende Datenerhebung auf Produktebene, zusätzliche Prüf- und Nachweispflichten sowie komplexe Zertifizierungsprozesse würden insbesondere für kleinere Unternehmen einen erheblichen **bürokratischen und finanziellen Mehraufwand bedeuten, ohne dass der ökologische Mehrwert in allen Fällen überzeugend belegt wird.**

Ein zentrales Problem der vorliegenden Untersuchung ist die methodische Vermengung von **empirischer Analyse** und **normativer Setzung**. Die Studie begeht insgesamt den Fehler, das politisch „Wünschbare“, also eine lückenlose Kreislaufwirtschaft, nicht als eine zu prüfende Hypothese, sondern als ein nicht zu hinterfragendes Axiom zu behandeln. Anstatt kritisch zu hinterfragen, unter welchen Bedingungen die vorgeschlagenen Maßnahmen scheitern könnten, beschränkt sich die Arbeit auf eine rein bestätigende Beweisführung. **Damit fehlt die einer wissenschaftlichen Studie eigentlich immanente ergebnisoffene Suche nach Erkenntnis; stattdessen wird ein Zirkelschluss konstruiert, bei dem das gewünschte politische Ziel bereits in die wissenschaftlichen Grundannahmen eingebaut wird, um am Ende als scheinbar objektives Ergebnis wieder hervorzutreten.**

Weiterhin ist ein unzulässiger Schluss zu bemängeln, indem die Studie vom Besonderen auf das Allgemeine schließt: Die Studie analysiert lediglich drei spezifische Produktgruppen – T-Shirts, Jeans und Jacken – und erhebt den Anspruch, daraus allgemeingültige Anforderungen für den gesamten, hochkomplexen Textilsektor abzuleiten. Erkenntnistheoretisch ist ein solches Ergebnis unhaltbar, da die besonderen Eigenschaften dieser drei Kategorien nicht ohne Weiteres auf die gesamte Bandbreite textiler Erzeugnisse (wie etwa weitere

Konsumtextilien, medizinische Textilien oder hochspezialisierte Schutzkleidung) übertragen werden können. Indem die Studie eine Schein-Homogenität des Marktes unterstellt, ignoriert sie die notwendige Differenzierung. Anstatt die Grenzen der eigenen Datenbasis methodisch sauber auszuweisen, wird eine universelle Gültigkeit suggeriert, die einer strengen wissenschaftlichen Prüfung nicht standhält.

Insgesamt entsteht damit der Eindruck, dass der Bericht zwar wichtige Nachhaltigkeitsziele adressiert, die praktische Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen für die textile Industrie jedoch nur unzureichend berücksichtigt. Eine wirksame und zugleich realistische Ausgestaltung der Ökodesign-Anforderungen erfordert jedoch eine deutlich stärkere Berücksichtigung der tatsächlichen Marktstrukturen sowie der technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der produktverantwortlichen Branche.

1. Konsultationsprozess und die Dokumentation der Ergebnisse

Dem Bericht ging eine Reihe von Workshops voraus, in denen mögliche Ökodesign-Anforderungen für Textilien diskutiert und erste Vorschläge entwickelt wurden. Ziel dieses Prozesses war es, Fachwissen aus unterschiedlichen Bereichen einzubeziehen und die Anforderungen im Austausch mit verschiedenen Akteuren zu konkretisieren. **Der Konsultationsprozess weist jedoch grundlegende Schwächen auf. Insbesondere war die produktverantwortliche Industrie, also jene Unternehmen, die die Anforderungen später technisch umsetzen und rechtlich verantworten müssen, im Prozess nur sehr unzureichend vertreten.** Stattdessen dominierten Perspektiven aus anderen, zum Teil textilfremden Stakeholdergruppen. Die technische Expertise der Hersteller sowie praktische Erfahrungen aus Produktentwicklung, Beschaffung und Produktion konnten daher nur begrenzt in die Diskussion einfließen. Damit fehlt eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung praktikabler Produkthanforderungen. Wenn die maßgeblichen Industrieakteure nicht angemessen beteiligt sind, besteht die Gefahr, dass regulatorische Vorschläge entstehen, die zwar politisch ambitioniert erscheinen, die tatsächlichen technischen, wirtschaftlichen und strukturellen Rahmenbedingungen der Textilproduktion jedoch nicht ausreichend berücksichtigen. Die unverzichtbaren Kenntnisse der handelnden Unternehmen lässt sich jedoch nicht durch die Wünsche einzelner Interessensgruppen ersetzen.

2. Fehlende Aktualisierung und unzureichende Einbindung der Industrie

Der Bericht wurde laut Impressum bereits im Juni 2025 fertiggestellt, jedoch erst im Februar 2026 veröffentlicht. Diese Verzögerung wirft grundlegende Fragen auf, welches Bild mit der Veröffentlichung eines unveränderten Dokuments zu diesem Zeitpunkt vermittelt werden soll. Der europäische Gesetzgebungsprozess zur ESPR, insbesondere die vorbereitenden Arbeiten des Joint Research Centre (JRC) der Europäischen Kommission, befindet sich weiterhin in einer dynamischen Phase. Gerade vor diesem Hintergrund wäre es fachlich geboten gewesen, die Ergebnisse vor der Veröffentlichung zu aktualisieren und in den aktuellen Diskussionsstand einzuordnen. Ohne eine solche Überarbeitung besteht die Gefahr, dass veraltete oder nicht mehr anschlussfähige Erkenntnisse in den laufenden Konsultationsprozess eingespeist werden.

Schon unabhängig von der Verzögerung ist es schwierig, den Bericht als belastbaren deutschen Beitrag in den europäischen Diskussionsprozess einzubringen. Die Perspektive der produktverantwortlichen Industrie ist in der Studie, wie bereits dargestellt, nur sehr begrenzt berücksichtigt. Während des Konsultationsprozesses wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass die technische und praktische Expertise der Hersteller stärker einbezogen werden muss. Die Zeitspanne zwischen Fertigstellung des Berichts und seiner Veröffentlichung hätte genutzt werden können, um diese Hinweise aufzugreifen und zusätzliche Industrieexpertise einzuarbeiten. Stattdessen bleibt die Analyse weitgehend von theoretischen und

umweltpolitisch geprägten Ansätzen bestimmt. Diese Perspektive bildet die Realität industrieller Produktionsprozesse und die praktischen Herausforderungen der Unternehmen nur unzureichend ab und trägt auch nicht dazu bei, bestehende bürokratische Belastungen für die Branche zu reduzieren.

a) Laborlogik statt Produktionsalltag: Haltbarkeit und Prüfaufwand

Der Bericht selbst räumt ein, dass der für **Haltbarkeitsanforderungen** zugrunde gelegte Prüfaufwand in keinem vernünftigen Verhältnis steht. Exemplarisch heißt es:

„Abschließend wurden für jedes Produktbeispiel Mindestanforderungen an die Haltbarkeit festgelegt. Der dafür erforderliche Prüfaufwand (wie im Versuch für die T-Shirts aus 100 % Baumwolle, bei dem 16 T-Shirts über 250 Stunden lang getestet wurden) stünde derzeit jedoch in keinem Verhältnis zum Nutzen.“ (S. 42)

Wenn bereits für 16 T-Shirts 250 Prüf-Stunden anfallen, ist offensichtlich, dass ein reales Sortiment mit hunderten Modellen und Farbvarianten für KMU faktisch nicht testbar ist. Trotzdem werden auf Basis solcher Labor-Extremszenarien Mindestanforderungen entwickelt, die perspektivisch in Regulierung überführt werden sollen.

Hinzu kommt, dass die zugrunde liegenden Prüfmethoden selbst als unzureichend beschrieben werden:

„Die Einführung von Waschtests würde einen erheblichen Aufwand erfordern, insbesondere im Hinblick auf die Konformitätsprüfung. Standards müssen angepasst werden, um realistische Belastungen zu simulieren, und es muss geforscht werden, damit der Prüfaufwand angemessen bleibt.“ (S. 39), oder:

„Befragungen ergaben, dass standardisierte Waschtests wie die ISO-Norm 6330 das Waschen im Haushalt nicht genau simulieren ... Daher ist eine Standardisierung realistischer und effizienter Alterungssimulationen erforderlich.“ (S. 41)

Damit basieren die diskutierten Haltbarkeitsanforderungen auf Methoden, von denen der Bericht selbst sagt, dass sie die reale Nutzung nicht abbilden und zu aufwändig sind. Die Unternehmen sollen sich an Standards orientieren, die weder technisch ausgereift noch wirtschaftlich tragfähig sind – dies ist ein deutliches Zeichen für Praxisferne.

b) Normative Designvorgaben: Monomaterial-Ideal vs. reale Produktvielfalt

Ein zweiter Kritikpunkt betrifft die vorgeschlagenen **Design- und Materialvorgaben** zur Verbesserung der Recyclingfähigkeit. Der Bericht leitet generische Regeln ab, die mit der tatsächlichen Vielfalt und Funktionalität moderner Textilien nur schwer vereinbar sind. So heißt es:

„Die vorgeschlagenen Mindestanforderungen für die Textilrecyclingfähigkeit konzentrieren sich auf die Beschränkung für den Einsatz heterogener Materialien und verlangen, dass Multimaterial-Produkte auf maximal zwei andersartige Materialien in einer Flächenebene ... beschränkt werden.“ (S. 45)

Diese Schlussfolgerung basiert auf der Untersuchung von drei Beispielprodukten. Diese Auswahl bildet die tatsächliche Vielfalt der Textil- und Bekleidungsprodukte nur sehr eingeschränkt ab. Eine Ableitung generischer Designregeln für die gesamte Branche auf Basis dieser wenigen Produktbeispiele ist problematisch und kann zu irreführenden Schlussfolgerungen führen.

Unterschiedliche Produktkategorien und Materialkombinationen erfüllen sehr unterschiedliche funktionale Anforderungen, etwa hinsichtlich Schutzfunktionen, Komfort, Elastizität oder Haltbarkeit. Eine pauschale Reduktion von Materialkombinationen kann daher in vielen Fällen den funktionalen Anforderungen moderner Textilien widersprechen.

c) Rezyklatquoten auf Basis theoretischer Verfügbarkeit

Gravierend ist auch, dass in dem Bericht konkrete Rezyklatquoten vorgeschlagen werden, obwohl die eigene Analyse auf lückenhaften Markt- und Infrastrukturinformationen beruht:

„Die Status-quo-Analyse zeigt, dass der weltweite Marktanteil recycelter Fasern, insbesondere beim geschlossenen Faser-zu-Faser-Kreislauf, mit weniger als 1 % sehr gering ist. ... der Rezyklatanteil in Produkten variiert stark, wobei es häufig an Transparenz oder verlässlicher Zertifizierung mangelt.“ (S. 46), oder:

„Die meisten Zertifizierungssysteme unterscheiden nicht zuverlässig zwischen Faser- und Nichtfaserabfällen und bieten keinen überprüfbaren Nachweis für Faser-zu-Faser-Rezyklatanteile. Lediglich das „UL Closed Loop“-Zertifizierungssystem bietet einen belastbaren Nachweis, allerdings mit strengeren Anforderungen, als für alle Produkte notwendig wären.“ (S. 46)

Trotz dieser massiven Unsicherheiten schlägt der Bericht für T-Shirts und Jeans bis 2030 Rezyklatanteile von 10 % für Baumwolle, 3 % für Polyester, 5 % für Polyamid und zellulosische Chemiefasern sowie 15 % für Wolle vor. (S. 47)

Unternehmen sollen verbindliche Ziele erfüllen, obwohl kaum verlässliche Daten zur tatsächlichen Verfügbarkeit, Preisentwicklung, Qualität und Zertifizierbarkeit der erforderlichen Rezyklate vorliegen. **Die Empfehlung konkreter Quoten auf dieser unsicheren Datengrundlage ist aus Sicht der Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit inakzeptabel.** Sie birgt erhebliche Risiken von Fehlsteuerungen sowie Investitions- und Planungsunsicherheiten für die betroffenen Unternehmen.

Zudem bleibt unbeantwortet, ob eine verpflichtende Rezyklateinsatzquote tatsächlich den gewünschten Effekt erzielt, nämlich den Aufbau einer funktionierenden Recyclinginfrastruktur zu fördern. Eine entsprechende Wirkungsanalyse, ob und unter welchen Bedingungen solche Quoten tatsächlich zu mehr Faser zu Faser Recycling führen, wird in der Studie nicht vorgenommen. Darüber hinaus müsste auch sichergestellt werden, dass die Marktüberwachungsbehörden in der Lage sind, entsprechende Anforderungen zuverlässig zu prüfen und zu überwachen. Solange Berechnungsmethoden, Nachweisverfahren und Zertifizierungssysteme nicht eindeutig definiert und praktisch anwendbar sind, ist eine wirksame Kontrolle solcher Quoten kaum realistisch.

d) Reparierbarkeit: Hoher Aufwand bei begrenzter Wirkung

Der Bericht schlägt eine Kombination aus gezielten, verbindlichen Informationspflichten und freiwilligen Gestaltungsrichtlinien vor (S. 44). Damit würden Unternehmen auch in Marktsegmenten mit sehr niedrigen Produktpreisen verpflichtet, Strukturen für Ersatzteile, Reparaturinformationen und Reparaturservices vorzuhalten. Gleichzeitig weist die Studie selbst darauf hin, dass solche Angebote im Kontext von Fast Fashion kaum genutzt werden. Auch für Anbieter höherwertiger Produkte würde dies in vielen Fällen den Aufbau zusätzlicher organisatorischer Strukturen bedeuten, deren ökologische Wirkung begrenzt ist, während der administrative Aufwand für Unternehmen deutlich steigt.

e) Anforderungen mit erheblichen Risiken für den Mittelstand

Die Studie verweist zwar an mehreren Stellen darauf, dass kleine und mittlere Unternehmen mit den vorgeschlagenen Anforderungen besonders konfrontiert sein werden, zieht daraus jedoch keine konkreten Schlussfolgerungen für die Ausgestaltung der Maßnahmen. Statt die Anforderungen so zu gestalten, dass ein typischer mittelständischer Textilbetrieb sie mit vertretbarem Aufwand erfüllen kann, bleibt es bei allgemeinen Hinweisen auf „Kapazitätsaufbau“ und eine schrittweise Einführung. In der Praxis würde dies für viele Unternehmen den Aufbau zusätzlicher Compliance und Dokumentationsstrukturen bedeuten, verbunden mit erheblichem personellem Aufwand sowie mit zusätzlichen Investitionen in IT und Datenmanagementsysteme. Hinzu kommen steigende Kosten für Audits, Zertifizierungen, externe Beratung sowie für die Anpassung interner Prozesse entlang komplexer internationaler Lieferketten. Gerade mittelständische Unternehmen verfügen jedoch häufig weder über eigene Nachhaltigkeitsabteilungen noch über umfangreiche IT-Strukturen, um solche Anforderungen effizient zu bewältigen. Während große Marken mit spezialisierten Teams und etablierten Managementsystemen solche Vorgaben vergleichsweise leichter integrieren können, drohen kleine und mittlere Unternehmen strukturell benachteiligt zu werden. Die Studie erkennt dieses Problem zwar an, geht jedoch darüber hinweg und lässt damit ein regulatorisches Szenario entstehen, das tendenziell große Marktakteure begünstigt und den Mittelstand zusätzlich unter Druck setzt.

f) Label- und Kennzahlenlogik vor betrieblicher Machbarkeit

Der Bericht stellt Verbraucherinformationen in den Vordergrund, ohne sicherzustellen, dass die dafür benötigten Kennzahlen in den Unternehmen überhaupt belastbar erzeugt werden können.

„Es wird empfohlen, den exakten Prozentsatz des Rezyklatanteils als absolute Information anzugeben. ... Die Angabe des genauen Prozentsatzes setzt jedoch die Definition von Berechnungs- und Verifizierungsmethoden voraus.“ (S. 53)

Hier wird zunächst die gewünschte Kennzahl, nämlich der exakte Rezyklatanteil, definiert, während die Methoden zu ihrer realistischen und überprüfbaren Ermittlung erst später entwickelt werden sollen. Unternehmen würden damit zu nachgelagerten Akteuren eines Kommunikationskonzeptes, dessen technische Grundlage noch fehlt. Dieses Vorgehen steht zudem im Widerspruch zu den aktuellen europäischen regulatorischen Entwicklungen, insbesondere zur Green Claims Richtlinie sowie zur Richtlinie zur Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel (EmpCo). Beide Regelwerke verfolgen das Ziel, dass Umweltaussagen klar, überprüfbar und wissenschaftlich belastbar belegt werden müssen. Werden Kennzahlen kommuniziert, deren Berechnungsmethoden und Verifizierungsverfahren noch nicht festgelegt sind, besteht die Gefahr, dass Unternehmen Angaben machen sollen, deren Nachweisbarkeit und rechtliche Absicherung nicht gewährleistet ist.

Fazit: Studie ohne ausreichende Branchenbasis und ohne tragfähige Grundlage für Regulierung

Der Bericht beansprucht, die Entwicklung von Ökodesign-Anforderungen für Textilien zu unterstützen, zeichnet jedoch vor allem ein theoretisches Zielbild, das zentrale Realitäten der Textil- und Bekleidungsindustrie nur unzureichend berücksichtigt. Wichtige methodische Grundlagen, Datensätze und Auswahlkriterien bleiben teilweise intransparent. Damit fehlt eine belastbare empirische Basis, um aus den Ergebnissen tragfähige regulatorische Schlussfolgerungen abzuleiten. Die begrenzte Einbindung der produktverantwortlichen Unternehmen wirkt sich dabei doppelt negativ aus. Zum einen werden Unternehmen mit regulatorischen Anforderungen konfrontiert, an deren Entwicklung sie kaum beteiligt waren. Fragen der technischen Machbarkeit, wirtschaftlichen Tragfähigkeit und praktischen Umsetzbarkeit bleiben dadurch unzureichend berücksichtigt. Zum anderen bleibt auch das eigentliche Potenzial einer solchen Studie ungenutzt. Ohne systematische Einbindung der Praxis können weder realistische Problemanalysen noch belastbare Handlungsempfehlungen entstehen. Vor diesem Hintergrund kann der Bericht nicht als tragfähige Grundlage für regulatorische Entscheidungen dienen. Er ist vielmehr als akademisch regulatorischer Diskussionsbeitrag zu verstehen, dessen Ergebnisse erhebliche Lücken in Bezug auf Praxisnähe, Branchenbeteiligung und Umsetzbarkeit aufweisen. Ohne belastbare Datengrundlagen und praktikable Mess- und Prüfmethoden besteht zudem die Gefahr, dass Regulierung vor allem zusätzlichen administrativen Aufwand erzeugt, ohne messbare ökologische Verbesserungen entlang der Wertschöpfungskette zu erreichen.

Dies gilt auch für die im Bericht diskutierten Ansätze zu einem Ökodesign-Label für Textilien. Die Entwicklung eines solchen Labels war nicht Teil des eigentlichen Studienauftrags. Zudem fehlen belastbare Grundlagen zur praktischen Umsetzung und zur Verifizierbarkeit der vorgeschlagenen Kennzahlen. Nachhaltige Regulierung entsteht nicht am Schreibtisch, sondern im Zusammenspiel von Politik, Wissenschaft und den Unternehmen, die Produkte entwickeln, herstellen und am Markt verantworten. Ohne eine fundierte Einbindung der Industrie und eine realistische Bewertung von Umsetzbarkeit und Kosten besteht die Gefahr, dass gut gemeinte Regulierung ihre Wirkung verfehlt und stattdessen Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und mittelständische Strukturen schwächt.

Insgesamt ist die wissenschaftliche Haltbarkeit der Studie aufgrund der systematischen Vermengung von deskriptiven Daten und normativen Zielsetzungen leider unzureichend, da politische Forderungen fälschlicherweise als direkte logische Konsequenzen technischer Messungen dargestellt werden. Durch die unzulässige Verallgemeinerung einer schmalen Datenbasis von nur drei Produktgruppen auf die gesamte Branche werden grundlegende Anforderungen an die Repräsentativität und die logische Ableitbarkeit verletzt. Der methodische Aufbau ist als Bestätigungsanalyse konzipiert, die keine ergebnisoffene Prüfung zulässt und damit den Kern wissenschaftlicher Objektivität und Selbstkritik ignoriert. In der Gesamtschau ist das weniger eine wissenschaftliche Studie als vielmehr ein polit-strategisches Instrument zur Legitimation politischer Regulierung.

Der Gesamtverband textil+mode ist der Spitzenverband der deutschen Textil- und Bekleidungs-, Schuh- und Lederwarenindustrie (Modeindustrie). Mit 1 400 Unternehmen, vorwiegend KMU, und rund 121 000 Beschäftigten ist die Textil- und Modeindustrie Deutschlands zweitgrößte Konsumgüterindustrie nach der Lebensmittelindustrie. Deutsche Textil- und Modehersteller erwirtschaften einen Jahresumsatz von rund 32 Milliarden Euro. Deutsche Textilhersteller sind wichtige Zulieferer für Branchen wie Automotive oder Medizinprodukte; deutsche Modehersteller sind globale Trendsetzer. Insgesamt steht die deutsche Textil- und Modeindustrie für Innovation, Qualität und Nachhaltigkeit.